

dann in den Geschäftsräumen der LDPD Ausstellungen machen, oder es traten hier Liedermacher auf.

An wen wandte man sich, außer an die eigenen Jung-LDPD-Mitglieder? Es waren dann noch die parteilosen Kinder und Jugendlichen der Parteimitglieder. Es war nur möglich, in bescheidenen Aushängen unmittelbar vor der Tür der Geschäftsstellen zu werben. Platz in der Presse gab es natürlich bis in das Jahr 1989 für diese Aktivitäten nicht. Ich hab mich jetzt völlig von meinem Manuskript gelöst; ich will aber noch die weiteren ersten Jugendbeiräte nennen, die in der DDR damals entstanden sind. Das war in Lichtenberg, in Friedrichshein, das war in Jena, in Großenhain, in Meißen, in Dresden und in Bad Freienwalde. Es ist auch noch der Aspekt zu erwähnen, daß diese Gründungen von Jugendbeiräten natürlich der „führenden Kraft“ und all ihren Organen, die zur Verfügung standen, kein Vertrauen eingeflößt haben. Es hat zunehmend – insbesondere bei den sogenannten „offiziellen“ Besuchen von Vertretern des Ministeriums für Staatssicherheit bei den Bezirksvorsitzenden – spezielle Fragen nach diesen Gründungen gegeben. Es wurden Namen erfragt von den Bezirksvorsitzenden. Ich muß dazu sagen, daß ich im Rahmen meiner Untersuchung einen Fragebogen an die Bezirksvorsitzenden ausgesandt habe, der leider nur von einem der 16 Bezirksvorsitzenden beantwortet worden ist, was mich natürlich nicht sehr weit bringt. Aber wir wissen das aus Gesprächen mit Sekretärinnen, die die Vorzimmer gehütet haben, mit denen ich ganz mühselig viele, viele Interviews geführt habe: Es gab ganz spezielle Fragen zur Gründung von Jugendbeiräten, weil man natürlich mit einem Verfall der sogenannten einheitlichen Massenorganisation für die Jugend auch eine zentrale Weichenstellung in der künftigen Zusammenarbeit mit den anderen Parteien gesehen hat. Das muß man einfach sehen, und das halte ich durchaus für ein kleines Steinchen auf dem Weg zur Veränderung. Irgendwo her, außer aus der evangelischen Kirche, müssen ja die vielen jungen Leute auch gekommen sein, die dann ganz massiv, ganz frühzeitig dazu beigetragen haben, daß die Wahlfälschung aufgedeckt worden ist, daß Proteste und Unterschriftensammlungen gegen das Verhalten von Egon Krenz anlässlich der Studentenunruhen in Peking zustande gekommen sind. Ich bin der Auffassung, daß hier gerade die Initiativen um die Jugendbeiräte der LDPD herum ein bescheidenes Steinchen gewesen sind. Vielleicht soweit. Ich stehe gerne noch für Fragen zur Verfügung.

Gesprächsleiter Dirk Hansen (F.D.P.): Vielen Dank, Herr Steinborn. Man merkt geradezu, wie es aus Ihnen herausprudelt und Sie noch viel zu sagen hätten. Der Blick auf die Uhr läßt wahrscheinlich alle erschrecken. Ich weise darauf hin, daß Herr Graumann um 15.30 Uhr aus Fahrplangründen gehen muß. Erste Nachfragen und Antworten sollten bitte deswegen an ihn gehen bzw. von ihm kommen, soweit gewünscht. Insgesamt denke ich, daß wir wegen der Disziplinlosigkeit heute morgen schon aus Höflichkeitsgründen,

um etwas wieder gutzumachen, uns doch noch selber in die Disziplin nehmen sollten. Ich habe erste Meldungen: Herr Kahl und dann Herr Schmieder.

Abg. Dr. Kahl (CDU/CSU): Die CDU hatte ja das „C“ in ihren Zeichen. Sie grenzte sich damit ganz bewußt ab gegen die offizielle Staatsdoktrin des Marxismus-Leninismus. Stimmen Sie mit mir überein, die die SED gegenüber der CDU ein ganz besonderes Mißtrauen hatte und daß dies unter anderem darin zum Ausdruck kam, daß CDU-Mitglieder beispielsweise keinen Zugang zu Kampfgruppen hatten? Zweitens: Stimmen Sie mit mir darin überein, daß in aller Regel die Mitgliedschaft in der CDU eher der Karriere nachteilig gewesen ist, als daß sie sie befördert hat, und daß eine Vielzahl von Positionen für CDU-Mitglieder überhaupt nicht in Frage kam? Wenn beispielsweise auf Kreisebene bestimmte Funktionen übernommen werden konnten, dann waren das in aller Regel solche Funktionen, die mit einem Negativ-Image behaftet waren, beispielsweise öffentliche Versorgungswirtschaft, Wohnungswesen, um dann die CDU als eine Art Blitzableiter darzustellen?

Hans-Jörg Graumann: Zunächst einmal ist das richtig. Das war im Wesen der Sache inbegriffen, daß die SED, insbesondere gegenüber der CDU, besonderes Mißtrauen hegte. Es ist wahr, daß CDU-Mitglieder aus solchen Dingen wie der Kampfgruppe ausgeschlossen wurden – in der Tat für manches CDU-Mitglied eine positive Sache. Viele sind ja in die Kampfgruppe aus nicht nur schlechthin parteilicher Überzeugung gegangen; es hing da ja auch ein Stück Rente 'dran, wenn man mal ehrlich sein will. Was die Karrieregeschichte anbetrifft, es ist so, daß junge Leute in der Tat glaubten – nicht nur in der CDU, auch in anderen Parteien –, Karriere machen zu können, was sich selbstverständlich im Laufe der Zeit als Trugschluß erwies. Und diejenigen, die tatsächlich Funktionen erhielten, die also auch über lange Entwicklungswege geschult wurden, sozusagen zur Nomenklatur gehörten, die wurden gezielt ausgesucht. Ich meine nur, gemessen an einem so kleinen Kreis wie Gräfenhainichen, war das schon was, in dem Rat des Kreises zu arbeiten und dort die Funktion des „Mitglied des Rates für Umwelt, Wasser und Energie“ einzunehmen. Also, das bedeutete schon etwas. Das hieß in so einem Kreis, gesellschaftlich privilegiert zu sein gegenüber anderen, Vorteile zu haben. In der Tat war es natürlich auch so, daß bestimmte Abhängigkeiten untereinander entstanden und daß natürlich auch dann aufgrund der Mangelwirtschaft Leuten untereinander Dinge zugeschoben worden sind, zu denen andere keinen Zugriff hatten.

Abg. Dr. Schmieder (F.D.P.): Ich darf noch einmal auf den Beitrag von Herrn Graumann eben eingehen. Sie haben ja vorhin gesagt, daß es im wesentlichen zwei Motive, in eine Blockpartei hineinzugehen, gab. Das war zum einen die Flucht vor der SED, und zum anderen war es das in den Blockparteien wirkende Prinzip der „innerparteilichen Hilfe“. Das war sicher richtig; dadurch haben einige Leute eine bestimmte Nische ausgenutzt. Das, was für die CDU

galt, was Sie ja zugestanden haben, das galt auch für die LDPD. Das war eines der wichtigsten Werbeargumente, die man überhaupt hatte, daß man den potentiellen Mitgliedern sagen konnte: „Wenn Du in die und die Partei gehst, kannst Du absolut sicher sein, daß Du nie zur Kampfgruppe gezogen wirst, daß Du nie angesprochen wirst.“ Weil – und das ist aus meiner Sicht doch ein Punkt, der es verdient festgehalten zu werden – weil die Mitglieder einer Blockpartei ein gewisses Sicherheitsrisiko waren aus der Sicht der SED. Dann darf ich noch dazu sagen, daß es sicherlich zutreffend ist, die gemachte Aussage in Richtung „Karriere“ zu treffen, für einige hat es sich erfüllt, für andere nicht, das kann man so stehenlassen. Aber man muß natürlich genauso mitbenennen, daß die Mitglieder der LDPD – und ich beziehe da auch die CDU mit ein – von vornherein wußten, daß für sie in gewisser Weise in bestimmten Berufen Berufsverbot besteht. Beispielsweise wurde kein Mitglied einer Blockpartei bei der Wismut eingestellt. Das muß man ganz eindeutig hier mal mitsagen. Ich denke, daß man mit derartigen Bemerkungen vielleicht das Bild, was heute morgen hier entstanden ist, ein kleines bißchen korrigieren kann. Zu den Zugeständnissen der SED in Richtung Blockparteien: daß bestimmte Funktionen von Blockpartei-Mitgliedern besetzt werden durften, wie z. B. die des Oberbürgermeisters von Weimar oder des Generaldirektors des Mansfeldkombinates, ist sicherlich so gewesen. Aber das hatte auch Herr Ulbricht schon gesagt, als er angetreten war: „Genossen, wir müssen alles von Anfang an fest im Griff haben, aber schön demokratisch muß es aussehen!“ Genauso hat sich das geäußert und dokumentiert. An dieser Stelle möchte ich aus eigenem Erleben heraus – ich war Mitglied der LDPD, bin 1982 eingetreten, dürfte also eigentlich laut Herrn Eppelmann gar nicht hier sitzen – noch etwas anmerken. Für mich hat es andere Motivationen gegeben, nämlich beispielsweise, daß man in der LDPD tun und lassen konnte, was man wollte. Da gab es keine Tabus. Das sage ich ganz einfach hier. Daß es dort eine Ausrichtung auf den Marxismus gab, wie das Frau Fischer erwähnt hat, kann ich für die LDPD in Chemnitz nicht bestätigen. In Chemnitz haben wir in einer Ortsgruppe der LDPD 1987, also weit vor der Wende, uns darauf verständigt, daß die Namensgebung von Chemnitz zu Karl-Marx-Stadt ein Riesenfehler gewesen war 1953. Man war bemüht, 1987 eine Rückumbenennung vorzunehmen. Da sind Veranstaltungen innerhalb der Partei gewesen, und da hat es keine Reglementierung gegeben durch Leute von außen. Ich allerdings, ich habe 1988 einen Vortrag gehalten über Probleme, Anliegen und Barrikaden der Perestroika. Das hat mir eingebracht, daß der Bezirksvorsitzende der LDPD von Karl-Marx-Stadt zum damaligen ersten Sekretär der SED-Bezirksleitung, Siegfried Lorenz, bestellt wurde, und dort verlangt wurde, daß ich aufgrund dieser Geschichte aus der Partei auszuschließen war. Der damalige Bezirksvorsitzende hat mir gegenüber später erklärt, er hätte dort gesagt: „Also wissen Sie, was wir auf unseren Veranstaltungen machen, ist unser Problem! Was den Schmieder angeht, wir

werden uns drum kümmern.“ Ich hatte danach dann Redeverbot. Ich durfte in LDPD-Veranstaltungen nicht mehr auftreten; allerdings, als Gast ist mir nie das Rederecht entzogen worden. Ich konnte also trotzdem meine Meinung sagen, aber ich durfte nicht als Redner in Erscheinung treten.

Ich darf an der Stelle noch einbauen, daß ich im Vorfeld der Anhörung heute die Gelegenheit genutzt habe, mit einigen Damen und Herren aus dem Parteivorstand der LDPD zu sprechen, weil mir bekannt war, daß die Personen, die wir angesprochen hatten, heute verhindert waren. Ich habe die Möglichkeit, ein Protokoll von diesen Gesprächen zu erstellen. Wenn das gewünscht wird, wäre ich gerne bereit, das hier als Anlage mit zu Protokoll zu geben. (Anlage 3) Des weiteren liegt mir ein schriftlicher Bericht von Herrn Bogisch vor, der ursprünglich als zu Befragender vorgesehen war, der sich aber für den heutigen Tag entschuldigen läßt. Diesen Bericht könnte ich gleichfalls mit beisteuern. Darin werden Sie viele Anregungen finden, die auch in die Richtung gehen, was Herr Steinborn angesprochen hat, z. B., daß die Gründung der Jugendbeiräte eine Gerlach-Initiative war u. a.m. Gerlach wird darin in seiner gesamten Vielschichtigkeit dargestellt. Wir haben ja jetzt inzwischen Berichte gefunden, in denen Gerlach im Jahre 1952 Hans Loch diffamiert, denen zufolge er 1964 im Vorgang zu einer sogenannten Blocksitzung praktisch den Standpunkt der LDPD verraten hat. Das muß konstatiert werden. Auf der anderen Seite war es eben auch Gerlach, der bestimmten Menschen eine Identifikationsfigur war, der in bestimmter Weise anderen Leuten mit seiner Haltung Freiraum geboten hat. Das gehört ganz einfach zu der Person mit dazu.

Herr Blaschke hat vorhin die Frage aufgeworfen – und Sie gestatten mir zum Abschluß, noch kurz darauf einzugehen –, was geworden wäre, wenn sich die bürgerlichen Parteien zusammengeschlossen hätten, bis hin zur offenen Konfrontation. Ich habe von Herrn Bogisch eine Antwort mitgebracht, wie er das gesehen hat. Warum ist Külz in den Block eingetreten oder hat zugestimmt, daß die Partei in den Block geht? Also für ihn war der Block ein Zeichen von Läuterung und Selbstbeschränkung der KPD. Er hat also versucht, dort, im Block, eine Dominanz der bürgerlichen Kräfte herbeizuführen. Das hat allerdings wenig genutzt, man sieht das auch am Beispiel der Bodenreform und der Schulreform, die durchzogen worden sind, eigentlich noch weit vor der sogenannten „Zwangsvereinigung“ 1946. Im Gegensatz zur LDP, die damals relativ allein gestanden und gekämpft hat, hat eine andere Partei, die jetzt oft in Anspruch nimmt, daß sie nur aus „Saubermännern“ besteht, selbst der Bodenreform zugestimmt und hat sich auch nicht gewehrt, als über den Ostteil Deutschlands die Schulreform hereinbrach. Dankeschön.

Gesprächsleiter Dirk Hansen (F.D.P.): Danke, Herr Schmieder. Herr Krause, bitte.

Abg. Krause (Bonese) (CDU/CSU): Ist das nur in der Altmark so gewesen

oder kann allgemein gesagt werden, daß die Bauernpartei ihre Basis vor allem bei den Bauern und den Verantwortlichen der damaligen LPG des Typs 1 hatte? Ich weiß aus meiner Tätigkeit als Tierarzt, daß die, die in der Bauernpartei waren, also Kleinbauern mit etwa 10 Hektar Land, bis Anfang der siebziger Jahre als „LPG-Typ-1-Bauern“ nicht nur 16 Stunden arbeiten durften, sondern auch für sich bis zu sechsstelligen Summen mit über die Währungsunion gerettet haben. Ist es allgemein so gewesen, daß man sagen kann, die SED-Kader hatten unter dem Motto „Industriearbeiter auf das Land“ von Anfang an ihre Domäne in den Großbetrieben, und daß andererseits in der Bauernpartei eben doch das bodenständige Bauerntum vertreten war, oder sind das nur subjektive Beobachtungen von mir? Vielleicht kann Herr Junghanns dazu etwas sagen.

Abg. Ulrich Junghanns (CDU/CSU): Es war so, daß es aus der Entwicklung der Bauernpartei heraus wirklich eigentlich die Landeinbringer, die Inventar-einbringer waren, die zu Anfang die soziale Struktur bildeten. Die letzten Mitgliederstatistiken, die mir bekannt sind, lassen die Differenzierung nach Eigentumsverhältnissen und Eigentumsstatus nicht mehr erkennen, das wurde sehr schnell beseitigt. Das gab es nur am Anfang, daß man nachvollzogen hat, was war denn das für ein Bauer. Es wurde dann nicht mehr erfragt; das hatte auch etwas damit zu tun, daß die Eigentumsbedeutung immer weiter zurückgedreht worden ist. In der letzten DBD-Statistik wurden etwa 65 bis 70 % Mitglieder aus der sogenannten Landwirtschaft im weitesten Sinne registriert. Ich sage sogenannte, weil da ja viel mehr dranhing, als die eigentliche Arbeit von Bauern. Es war aus meiner Erfahrung so, daß dort, wo Bauern die Grundlage gebildet haben für die parteilichen Organisationen, diese am stabilsten waren. Und die hatten wirklich auch separate Themen. Ständige Themen waren bei den Bauern immer die Frage des Inventarbeitrages, der überzählig eingezahlt wurde und nicht zurückgezahlt worden war, die Sicherung des Eigentums und der Umgang mit dem Eigentum. Und da gab es – das ist richtig, wie Herr Abg. Krause festgestellt hat – im Grunde genommen die stärkste innere Bindung, so wie das die Kollegen hier als Solidarisierung untereinander empfunden haben.

Gesprächsleiter Dirk Hansen (F.D.P.): Bitte, zuerst Herr Dehnel, dann Frau Fischer.

Abg. Dehnel (CDU/CSU): Herr Graumann, Sie haben gesagt, daß die Blockparteien sehr eingebunden waren von der SED. Gab es auch eine Strategie gegen die Blockparteien? Wie mir nämlich bekannt wurde, waren ja die Blockparteien im Auftrag der SED auch mit Stasi durchsetzt. Warum? Weil es eben auch viele kritische Stimmen in den Blockparteien gab. Das sehe ich als Strategie gegen die Blockparteien, die die SED inszeniert hat.

Abg. Frau Fischer (SPD): Ja, ich wollte noch mal Herrn Schmieder, der nun leider gerade geht, sagen, daß wir uns heute total mißverstehen. Meine Behauptung war die, daß auch die Mitglieder der Blockparteien an den

politischen Parteilehrjahren teilnehmen mußten. Und dort wurde vorrangig ML studiert. Deswegen die Frage an Herrn Graumann: Ist Ihnen bekannt, daß Schulungen und politische Weiterbildung extra und speziell für Mitglieder der Blockparteien über die SED liefen und in welcher Form?

Hans-Jörg Graumann: Zunächst einmal zu den Bemerkungen von Herrn Schmieder. Ich habe den scheinbaren Eindruck, daß rings um mich nur Widerstandskämpfer sind. Es tut mir leid, aber es kann nicht immer so gewesen sein, daß alle in 40 Jahren DDR nur gegen das System moniert haben und gegen das System angekämpft haben. Der Großteil, wie gesagt, hat tüchtig mitgemacht, und für den war es in der überwiegenden Mehrheit der Jahre völlig klar, was anderes als diesen Sozialismus kann es nicht geben, wir müssen vielleicht nur einmal hier und da eine kleine Veränderung vornehmen, damit er lebenswerter wird. Das zunächst mal.

Was die Partearbeit in den Blockparteien selbst anbetraf, es scheint zwar so, daß hier immer tiefgründige politische Diskussionen stattgefunden haben, die vielleicht darauf gerichtet waren, mittels der Erfahrung des einzelnen zu sagen, wie kann man es anders machen, wie kann man denn gegen die SED-Politik oder gegen wen auch immer vorgehen. Ich behaupte hier, 90 % der Diskussionen – egal ob in einer befreundeten Partei oder in der SED – drehten sich um ökonomische Probleme. Es ging um die Lösung von zum Beispiel Ersatzteilfragen, um die Versorgung der Tierärzte in der Landwirtschaft mit Medikamenten, mit Serum oder Düngemitteln, wenn ich mal von der Landwirtschaft ausgehen kann. Da spielten wohl grundlegende politische Überlegungen nicht im geringsten eine Rolle.

Eine dritte Bemerkung. Daß natürlich die Struktur gewährleistet sein mußte und die DBD auch die überwiegende Mehrheit an Genossenschaftsbauern zu integrieren hatte, das ist wohl wahr. Es ist richtig, daß der Grundsatz der SED darin bestand, die Kommandostellen der Wirtschaft zu besetzen. Da gab es im Grunde genommen, wenn auch nicht ausgesprochen, einen Stufenplan. In der Großindustrie mußten die SED-Gruppen ganz stark präsent sein. In der Landwirtschaft – mit den Leuten der DBD gab es ja ohnehin die wenigsten Sorgen – da war man sich fast sicher, daß bis auf ein paar Probleme, die mit Versorgungsproblemen zusammenhingen, doch keine Oppositionen entstehen konnten. Die waren ja wirklich echte Politiker im Sinne der SED-Politik.

Zur Strategie gegen die Blockparteien; es tut mir leid, ich kann aus kreislicher Sicht nicht sagen, daß es eine direkte Strategie gegen Blockparteien gab. Es gab mitunter Dinge, wo Sekretariate sich darüber unterhielten, wie kann man die eine oder andere Partei beeinflussen, wenn z. B. ein Kreissekretär zu weit vordrängte, wenn er in Anleitung durch die SED Dinge sagte, die zuvor keiner gesagt hatte. Das passierte auch hin und wieder. Manche konnten das lange tun, manch einer konnte das nicht so lange tun, das war ja territorial sehr unterschiedlich. Das hing auch ein bißchen von der Flexibilität manch

anderer Dinge ab. Aber direkte Strategien, daß man gesagt hat, wir müssen uns jetzt einmal auf diese Partei einschließen, um sie mundtot zu machen oder zu untergraben, das kann ich nicht nachvollziehen.

Was nun die Schulungen anbetrifft, ist es so, daß in den Schulungen ein Parteilehrjahr durchgeführt wurde, an dem alle Lehrer teilnehmen mußten. Das war nun mal eine marxistisch-leninistische Schulung. Anders ging das nicht. Es gab ein Beauftragensystem in der Partei; es haben an den Schulungen also auch Vertreter der SED-Kreisleitung teilgenommen. Immer dort, wo die Ideologie entscheidend war oder wo man einschätzte, daß die Ideologie am entscheidendsten war, dort wurden direkt Genossen des Apparates oder der Parteiapparate – das war im Bezirk auch so – hingeschickt, zum Beispiel Juristen zu den Bezirksanwaltskammern und was weiß ich nicht alles. Ich habe mir sagen lassen von Mitgliedern befreundeter Parteien, daß an ihren Schulen, die politische Schulen waren, auch Gastlektoren der SED aufgetreten sind und grundsätzlich zur Politik der SED Vorträge gehalten haben. Das ist mir bekannt, was anderes kann ich jetzt hier nicht nachvollziehen.

Gesprächsleiter Dirk Hansen (F.D.P.): Meine Damen und Herren, ich habe jetzt noch vier Meldungen. Ich würde vorschlagen, daß wir es dabei belassen. Als erster bitte Herr Fricke, dann Frau Dr. Wilms, Frau Michalk und Herr Steinborn.

Sv. Karl Wilhelm Fricke: Ich habe zwei Fragen, einmal an Herrn Graumann und einmal an Herrn Gerber, die beziehen sich beide zunächst einmal auf das innerparteiliche Informationssystem. Wie war das denn in der CDU, was war Gegenstand der Berichte, die nach oben gegeben wurden? Waren das nur innerparteiliche Fragen oder wurden auch zum Beispiel politische Einschätzungen über die Stimmung in der Bevölkerung gegeben? Gab es, das ist die Frage an Herrn Graumann, gab es etwas ähnliches innerhalb der SED? Eine Zusatzfrage noch an Herrn Graumann: Wie waren eigentlich die Kontakte zwischen dem Sekretariat der Kreisleitung der SED und der Kreisdienststelle des MfS? Gab es regelmäßige Zusammenkünfte zum Beispiel zwischen dem ersten Sekretär der Kreisleitung der SED und dem Leiter der Kreisdienststelle des MfS, und wie war die Zusammenarbeit auf der Ebene des Kreises in den Einsatzleitungen?

Gesprächsleiter Dirk Hansen (F.D.P.): Wenn Sie entschuldigen, ich hatte Herrn Hilsberg eben übersehen. Herr Hilsberg, bitte.

Abg. Hilsberg (SPD): Vielleicht eine ganz kurze Vorbemerkung, weil da heute Mißtöne aufgetaucht sind. Es geht mir – oder uns – wirklich nicht darum, über irgendetwas zu richten. Es geht auch in der ganzen Enquete-Kommission nicht darum zu richten, sondern es geht darum, Fakten zu sammeln und die nicht zu bewerten, aber die Zusammenhänge darzustellen. Das ist eine objektive Grundlage, auf der man arbeiten kann. Gelegentlich wird es dann natürlich so sein, daß Darstellungen von Zusammenhängen wie Wertungen wirken. Das

kann man gar nicht ausschließen. Es ist wahrscheinlich dann noch eher bitter, wenn diese Bewertungen von den Subjekten nicht nachvollzogen werden. Aber ich glaube, darüber kann man dann reden. Es geht aber nicht darum, hier in erster Linie nur seinen eigenen Standpunkt, seine eigene Meinung geltend zu machen. Ich will nur noch sagen, was mein eigenes Verhältnis betrifft, weil ich glaube, daß das wichtig ist, ich werfe nie jemandem vor, auch wenn das aus meiner eigenen oppositionellen Haltung so möglich wäre, was er als Person gemacht hat. Ich meine, wir haben immer gegen das System gearbeitet, nie gegen Personen in erster Linie. Das Verhältnis zu den Personen richtet sich aber danach, welches Verhältnis sie ihrerseits zum System innehatten. Das ist auch der Punkt, wo man anfängt, jemanden in Frage zu stellen. Um diese Fragen wird man überhaupt nicht herumkommen. Ich hielte es auch für besser, wenn einzelne, die das betrifft, auch in der Lage wären, diese Fragen an sich selbst zu stellen. Aber sie müssen bereit sein, und nur sie allein können das, auf diese Fragen einzugehen und diese Fragen ernst zu nehmen. Ich würde gerne hoffen, daß die Enquete-Kommission ihrerseits dazu einen Beitrag leisten kann, weil es uns allen überhaupt nicht entgegenkommt, wenn hier etwas unter den Teppich gekehrt wird, wenn diese Verdrängungsprozesse, die wir zur Zeit erleben, weiter so fortgesetzt werden. Also, das ist der Punkt.

Meine Frage vor allem an die Vertreter der Blockparteien: Waren Sie sich eigentlich bewußt, welchen Nimbus die Blockparteien in der Bevölkerung hatten, bei denjenigen, die in keiner Partei waren, bei Arbeitern und denen, die sich politisch nicht betätigt haben? Waren Sie sich bewußt darüber, daß Blockparteien als Teil des Systems gewertet wurden? Waren Sie sich auch darüber bewußt, welches Unrecht in diesem DDR-Staat stattgefunden hat? Speziell an Herrn Steinborn noch eine Frage: Es gab ja die letzte Verstaatlichung 1972: Es waren ja die ganzen privaten, dann halbstaatlichen Betriebe, die 1972 verstaatlicht wurden. Und das war doch vor allen Dingen Klientel der LDP, nämlich Handwerker. Wie ist denn das eigentlich verarbeitet worden in der eigenen Partei? Plötzlich kam man doch in einen Konflikt. Ich will das darauf begrenzen.

Abg. Frau Dr. Wilms (CDU/CSU): Zu Ihrer Bemerkung, Herr Hilsberg. Ich denke, man kann Referate danach beurteilen, ob man die Fakten richtig bewertet findet oder nach eigener Meinung Fakten fehlen oder Fakten hinzukommen müßten, aber ich finde, so wie das heute morgen zum Teil zum Ausdruck gekommen ist, man kann sich nicht über den Referenten sozusagen erheben. Das ist die entscheidende Frage.

Ich hätte zwei Fragen an Herrn Graumann und dann an Herrn Rißmann. Herr Graumann, gab es einen Unterschied, da ich „Wessi“ bin, entschuldigen Sie bitte die in Ihren Augen wahrscheinlich naive Frage, gab es einen Unterschied zwischen der Parteiversammlung und der Parteischulung im Alltag? Zweite Frage: Sie haben in meinen Augen eben etwas leicht gesagt, wir haben doch

nur über ökonomische Fragen diskutiert. Ja waren denn diese ökonomischen Fragen nicht letztlich auch Ausfluß des politischen Systems? Standen nicht hinter der Diskussion der ökonomischen Fragen sehr wohl auch politische Zielrichtungen? Ich hätte gerne von Herrn Reißmann noch einmal gewußt: Was wurde nach Ihren Recherchen in den CDU-Schulungen vermittelt? Was waren die Sujets, was waren die Themen, was wurde zentral in Burgscheidungen und – vielleicht kann das Herr Gerber sagen – was wurde auf Ortsebene in solchen Vortragsabenden oder Schulungsabenden vermittelt und diskutiert?

Abg. Frau Michalk (CDU/CSU): Ich schließe mich mit meiner ersten Frage an Frau Dr. Wilms an. Herr Graumann, diese Sache, daß praktisch sehr viel über ökonomische Dinge diskutiert wurde, die Versorgungsprobleme eigentlich den Alltag auch in der Partei bestimmten, ist richtig. Aber es war doch eine politische Diskussion deshalb, weil ja diese ökonomischen Probleme dadurch verursacht worden sind, meiner Ansicht nach jedenfalls, ich habe es so erlebt, daß bestimmte Schlüsselpositionen auch auf Kreisebene, zum Beispiel im Rat des Kreises, mit Menschen besetzt worden sind, die dazu gar nicht fachlich in der Lage waren. Aber sie hatten eben das nötige Parteiabzeichen. Können Sie sagen, was Sie auf Kreisebene, auf der Partiestrecke der SED, an Einfluß hatten? Konnten Sie vielleicht doch noch irgendwo annähernde Fachleute einsetzen, um Schaden zu begrenzen, oder hatten Sie als Kreisebene da überhaupt keinen Einfluß? Die zweite Frage hätte ich gerne an Herrn Gerber gerichtet. Vielleicht könnten Sie, Herr Gerber, nochmal aus Ihrer praktischen Arbeit ein, zwei Beispiele sagen, in denen es sich gelohnt hat, wenn zum Beispiel Anregungen über die Ortsgruppen gekommen sind, im Kreis diskutiert worden sind. Konnte man vielleicht doch noch etwas gegen den erklärten öffentlichen Willen der Bezirksebene durchsetzen? Meine Frage geht dahin, ob es wirklich so absolut stimmt, wie ich es hier heraushörte, daß die vielen kleinen Initiativen von unten absolut nichts bewegt haben. Vielleicht könnten Sie mit ein, zwei Beispielen aus Ihrer langjährigen Arbeit zeigen, daß es dennoch für den politischen Alltag der Menschen vor Ort von Bedeutung war, daß sich Leute engagiert haben?

Abg. Dehnel (CDU/CSU): Ja, ich habe noch eine halbe Frage offen an Herrn Gerber. Wenn Sie solange Geschäftsführer waren, wie war dann Ihr Verhältnis zu den vielen Bezirksvorsitzenden – ich weiß nicht, wieviele es waren? War das nicht getrübt, wenn Sie so aufrecht waren, und haben Sie irgendwelche Auszeichnungen bekommen von der damaligen Führung?

Gesprächsleiter Dirk Hansen (F.D.P.): Herr Graumann zuerst zur Antwort, bitte.

Hans-Jörg Graumann: Ja, dankeschön. Zum innerparteilichen Informationssystem: Eine Partei, die den Führungsanspruch verwirklichen will, die beansprucht, die führende Rolle der Arbeiterklasse zu verkörpern oder wie auch immer, wird selbstverständlich nicht nur über bestimmte Details berichten,

sondern da spielte der Informationsfluß, die Einschätzung der politischen Lage in der Bevölkerung eine ganz große Rolle. Es wurde also allumfassend „eingeschätzt“. Die Aufgliederung des Parteiapparates war so, daß die Abteilung „Agitation/Propaganda“ ihre monatlichen Berichte über die Lehre und die Kulturpolitik etc. schreiben mußte, daß die Abteilung „Landwirtschaft“ über die Landwirtschaft zu allen ökonomischen und auch politischen Problemen, die zwischen den Genossenschaftsbauern auftraten, schrieb etc. – ich will das nicht alles nachvollziehen –, und das wurde dann zum Gesamtbericht verdichtet. Der Gesamtbericht wurde absegnet durch die Sekretariate der Kreisleitung. Waren es Dinge, die politisch zu beeinflussen waren durch die Kreisleitung selbst, so wurde manches weggelassen, damit nicht die „Retourkutsche“ kam, waren es Dinge, die woanders herkamen, also z. B. Ersatzteilprobleme, wenn es nicht mehr anders ging, wurden die angesprochen. Dann gleich noch ganz kurz etwas zu den ökonomischen und politischen Fragen: Selbstverständlich sind ökonomische Fragen zutiefst politische Fragen. Es war natürlich schon ein Barometer, ob die Ökonomie lief, ob sie florierte oder ob sie nicht florierte. Wenn die Versorgung nicht mehr gelöst wird, wenn das Brot im Lebensmittelladen nachmittags um vier nicht mehr da ist, dann sind das zutiefst politische Fragen. Das war schon von Interesse, auch wenn oftmals nicht die notwendige Lösung vorhanden war.

Kontakte zwischen SED und MfS waren einerseits sehr tiefgründig, muß ich sagen, aber es gab sicher auch eine gewisse Rivalität zwischen dem ersten Sekretär und dem Chef des MfS. Ich weiß nicht, was auf dieser Strecke gelaufen ist, ich habe mit diesen Dingen wenig zu tun gehabt, eigentlich überhaupt nichts. Ich nehme an, daß der Chef des MfS aufgrund der Tätigkeit der IMs usw. tiefgreifende Informationen besaß, was eigentlich wirklich läuft. Die wurden zum Großteil offensichtlich auch weitergemeldet nach oben. Ob die der erste Sekretär immer wußte, dafür möchte ich mich heute nicht verbürgen. Ich glaube es nicht. Wenn er sie kannte, hat er viele unter den Tisch fallen lassen, weil es ja wieder ein Licht auf ihn warf, wie gut er war als politischer Leiter in einem Territorium wie dem Kreis. Und das betraf bestimmt eine Bezirksleitung genauso. Selbstverständlich mußte auch eine Zusammenarbeit gewährleistet werden; schließlich war der erste Sekretär der Chef der Kreiseinsatzleitung, zu der ja unter anderen der Chef des MfS und der Chef der örtlichen Polizei gehörten.

Unterschiede zwischen Parteiversammlungen und Parteischulung bestanden. Es gab die Mitgliederversammlung, und es gab das Parteilehrjahr: das waren zwei Dinge, die sehr unterschiedlich waren. Während sich die Mitgliederversammlungen im großen und ganzen mit den Dingen des täglichen Lebens befaßten, war das Parteilehrjahr dazu angetan, marxistisch-leninistische Grundkenntnisse zu vermitteln, und das war in der Mehrzahl ganz stinklangweilig. Die Parteilehrjahre waren immer die am wenigsten besuchten Veranstaltungen,

wofür es meistens Kritik an jeder Grundorganisation gab. Die Parteisekretäre sollten Anstrengungen unternehmen, damit die besser besucht werden, weil ja damit politisch-ideologische Voraussetzungen geschaffen werden sollten.

Zu einer letzten Frage – ich muß mich dann verabschieden, ich bitte das zu entschuldigen –, was die Frage der Kreisleitung und der Fachleute anbetrifft. Ich möchte nicht den Eindruck entstehen lassen, daß alle diejenigen, die als Genossen in leitenden Funktionen waren, Nietens waren. Das war zweifelsohne nicht so. Es gab Leute, die leitende Funktionen besetzten und absolute Fachleute waren. Und manch einer, muß ich sagen, der sein Talent frühzeitig erkannt hatte oder dem man zu erkennen gegeben hat, daß er ein Talent war, hatte natürlich nur eine einzige Chance, seine Fähigkeiten zur Entfaltung zu bringen, indem er Mitglied der SED wurde, weil er sonst nie an die entsprechende Position gekommen wäre. Also so zu sehen ist die Frage, ob die Kreisleitung gewissen Einfluß hatte. Sie konnte Fachleute, die wirklich Fachleute waren, von ihrer Funktion abberufen, um diese Stellen mit Leuten zu besetzen, die mehr „Ja-Sager“ waren, es gab aber auch in kritischen Situationen Beispiele, wo Kreisleitungen dafür gesorgt haben, daß laienhaftes Wirken nicht toleriert wurde, sondern daß da wirklich Fachleute an entsprechende Positionen gebracht worden sind. Dankeschön.

Gesprächsleiter Dirk Hansen (F.D.P.): Vielen Dank, Herr Graumann, Ihnen ganz besonders herzlichen Dank, und ich wünsche Ihnen einen guten Heimweg. Herr Gerber als nächster, bitte.

Fritz Gerber: Zur Frage der Diskussionen in den Mitgliederversammlungen und daß dort nur überwiegend ökonomische Fragen besprochen wurden. Ich würde dagegenhalten, daß wir Wert darauf gelegt haben, daß wir sehr stark ideologische Fragen ins Gespräch mit unseren Menschen hineintrugen. Die Frage nach der kommunistischen Erziehung der Jugend – ja oder nein – kann ich heute mit ruhigem Gewissen beantworten, indem ich sage, ich glaube, meinen Teil dazu beigetragen zu haben, in unserem Kreis und unter den 52 Ortsgruppen. Zur Frage der Schulungen auf Ortsebene und auf zentraler Ebene. Ich würde das nur mit einem Lächeln abtun. Das, was von der zentralen Ebene herausgegeben wurde, kam zwar unten an, aber es wurde als Schulungsmaterial mehr oder weniger zur Seite gelegt. Ich kenne einen Betriebsleiter, der hatte die ganzen Hefte immer auf dem Schreibtisch liegen, unter dem Blickwinkel, wenn er Besuch hatte, dann sollte der sehen, daß er fleißig war. Sonst aber bitte beurteilen Sie zumindestens für unseren Bezirk – und da erlaube ich mir, über den Kreis hinaus zu sprechen – die Schulung in der Ortsebene nicht bloß als ideologische Beeinflussung. Mir haben sie mehr genützt, um Dinge zu besprechen, die uns alle bewegten. Und das waren nicht zuletzt ideologische Fragen.

Zur Frage, ob Vorschläge von unten nach oben durchgesetzt wurden, ob sie durchgesetzt werden konnten. Das war ja gerade ein Hauptbestandteil

unserer Arbeit, neben der ideologischen Tätigkeit, Einfluß zu nehmen auf das Wirksamwerden von Christen in örtlicher Ebene. Wir sind immer davon ausgegangen und haben immer hineingetragen: je mehr Christen in unserer Gemeinde sich an den ganzen gesellschaftlichen Entwicklungen beteiligen, um so stärker ist unser Auftreten. Und ich meine, daß wir das „C“ immer im richtigen Sinne beschrieben haben, daß wir Pfarrer hinter uns hatten mit Gemeinde und keine Pfarrer ohne Gemeinde.

Mein Verhältnis zu den Bezirksvorsitzenden – es waren fünf in diesen 41 Jahren: ich kann sagen, ich hatte zu allen ein gutes Verhältnis, oder auch umgekehrt, sie hatten alle ein gutes Verhältnis zu mir. Aber dort habe ich sehr oft eben auch gespürt: „Heute muß Du Dresche kriegen, weil noch jemand dabei ist“, aber in der Pause „Du hast mich doch richtig verstanden, wie ich das meinte?“ Also auch bei diesen Leuten wohnten zwei Seelen in einer Brust; sie wußten wohl, wann es um „die Dinge“ ging. Ich habe zum 60. Geburtstag den Vaterländischen Verdienstorden in Bronze erhalten. Ich bin auch „Verdienter Aktivist“ geworden aufgrund meiner Arbeit, wobei man die kirchenpolitische Arbeit da besonders bewertete. Hier lief auch das ganze unter dem Motto – ich könnte Schreiben vorlegen –, wie es der Superintendent und Oberlandeskirchenrat Kress mir heute noch schreibt: „Bloß gut, daß wir Sie gehabt haben, damit haben wir die Zeit überstanden.“ Wir haben uns immer ausgetauscht und haben uns gegenseitig ermahnt, keiner verläßt den Boden des Vertretbaren.

Gesprächsleiter Dirk Hansen (F.D.P.): Vielen Dank, Herr Gerber. Zur Ergänzung gewissermaßen passen hierhin ja auch die Fragen von Frau Dr. Wilms an Herrn Reißmann.

Martin Reißmann: Konkret zu den Schulungsinhalten. Da gibt es natürlich die Lehrpläne. Man kann sie einteilen in vier oder fünf große Gebiete. Das ist einmal sozusagen die „CDU-Spezifik“, also die Selbstvergewisserung progressiver christlicher Traditionen, man hat sich da sehr viel mit den christlichen Sozialreformern beschäftigt, mit Friedrich Naumann und anderen, überhaupt mit dem Verhalten von Christen in der Geschichte. Zum zweiten ist die Gesellschaftswissenschaft zu nennen, aufgeteilt in die politische Ökonomie und in Grundfragen des Marxismus-Leninismus. Mehr oder weniger waren das Schulungsthemen, die aus den in den fünfziger Jahren entstehenden Lehrbüchern stammten. Drittes Gebiet war die Geschichte, die weitgehend geprägt war vom Denken des historischen Materialismus. Viertens dann die Politik, wo also aktuelle Fragen, Strukturfragen, z. B. die „Nationale Front“, die Bündnispolitik, die ja eine besondere Rolle spielte, angesprochen wurden.

Nur – wie Herr Gerber es sehr richtig sagte – diese Dinge, die von der zentralen Leitung also ausgearbeitet wurden als Studienhefte, sei es für Burgscheidungen, sei es für das politische Studium, wie die nun angewandt

wurden, was der Dozent in Burscheidungen in seiner Vorlesung nutzte, ob darüber überhaupt diskutiert wurde, das steht also wirklich auf einem ganz anderen Blatt. Ich habe mich mit Dozenten unterhalten und die haben gesagt, wir haben das als Anregung benutzt und wir haben dann also die Leute auch kommen lassen mit ihren Fragen und mit ihren Bedürfnissen und es sind Diskussionen entstanden. Die Umsetzung dessen, was oben geplant wurde, die sah also oft ganz anders aus. Deshalb also auch mein Plädoyer für die Differenzierung. Wenn man jetzt nur die Lehrpläne nähme, dann würde in der Tat der Eindruck entstehen, auch im Verlaufe der Zeit, daß die „CDU-Spezifik“ immer weiter abnahm. Es gab natürlich auch Sekretariatsmitglieder, die wollten das so, weil viele Mitglieder sich hinter der CDU-Spezifik versteckten, sie als Gegenposition zu marxistischen Positionen benutzen, da wurde also bewußt gesagt, das dürfen wir nicht zulassen, aber über das, was in den Schulungsveranstaltungen stattfand, dazu fehlen uns die genaueren Quellen und Hinweise. Allein aufgrund des schriftlichen Materials das zu beurteilen, was in der Schulung lief, würde nach meinem Eindruck zu einem Fehlurteil führen, zumindestens zu einer verzerrten Sicht.

Man kann aber sagen, vom Inhalt her nahmen die marxistischen Themen zu bis Anfang der siebziger Jahre, und dann begann eine maßgeblich von Wolfgang Heyl bestimmte und initiierte Gegenbewegung, dann nahm man sich wieder mehr der christlichen Themen an. Das hängt sehr damit zusammen, daß die CDU aufgrund der neuen Position der SED zu den Kirchen jetzt befürchten mußte, ins Hintertreffen zu geraten. Sie mußte also ihren Mitgliedern auch auf der christlichen Seite mehr bieten und mußte diese Diskussion führen. Wir haben hier eine Wellenbewegung. Diese Frage kann man nicht für die gesamten vierzig Jahre beantworten, etwa so, daß es immer eine Bewegung hin zu mehr eigenen christlichen Positionen oder hin zur SED gegeben hätte. Das kam ganz auf den Bewegungsspielraum an.

Tom Steinborn: Ja, ich möchte auch gerne Antwort geben auf Ihre Fragen. Zunächst aber doch noch eine Bemerkung zu dem Begriff „Blockparteien“. Ich möchte daran erinnern, daß wir immer den Begriff in die Zeit einordnen müssen. Wenn wir fragen, warum sich 1945 die Parteien zu dem demokratischen Block zusammengefunden haben, warum zum Beispiel ein Vertreter wie Wilhelm Külz Mitbegründer des demokratischen Blocks war, und wir heute die Diskussion führen, ob wir weiterhin Külz-Namen für Straßen und Plätze in der Demokratie verwenden können, dann müssen wir uns auch die Frage stellen, warum haben wir uns denn zum Runden Tisch 1989 zusammengefunden. Das bloß noch mal als Anmerkung zu dem Begriff Blockparteien, wo er hergekommen ist und wie dieser Begriff vergewaltigt worden ist.

Sv. Prof. Dr. Alexander Fischer: Ich möchte hier zur Sache sagen, daß Herr Külz oder Herr Hermes keine Erlaubnis bekommen hätten, die Parteien zu gründen, wenn sie nicht den Block bezogen hätten; das war Voraussetzung von

Schukow, das war Voraussetzung der Gründung, sonst hätte es die Erlaubnis zur Gründung dieser Parteien nicht gegeben. Das muß man mal deutlich sagen.

Abg. Hilsberg (SPD): Deswegen habe ich ja den Begriff Blockparteien nicht als Wertung benutzt, sondern nur als fachspezifischen Terminus, unter dem jeder versteht, was gemeint ist.

Sv. Karl Wilhelm Fricke: Ich möchte noch betonen, daß der erste Vorsitzende der LDPD Waldemar Koch war, nicht Wilhelm Külz!

Tom Steinborn: Sie haben vorhin sehr viel zum Verdrängungsprozeß gesagt; mir fällt das vielleicht aus biologischer Sicht ziemlich leicht, weil ich damals sechs Jahre alt war, als 1972 die Betriebe endgültig verstaatlicht worden sind. Ich habe mit einigen Leuten, die auf seiten der LDPD angesprochen worden sind, hier heute etwas auszusagen, etwas zu beschreiben, versucht zu telefonieren und mit ihnen zu sprechen. Die Leute haben Angst. Das hat mich ungemein berührt, daß schon wieder Menschen Angst haben, über Vergangenheit auszusagen. Ich habe hier in Bonn eine Antwort darauf bekommen warum, und zwar in einem Schuhgeschäft. Ich muß die Story einfach erzählen, weil sie mich so bewegt. Ich sehe eine Mutter mit einem Kind, und das Kind sagt in schönem breiten Sächsisch: „Mutti, auch so viele schöne Schuhe haben wir nie in der DDR gehabt.“ Und da haut die Frau ihrer Tochter ein paar hinter die Ohren: „Bist du ruhig!“ Und genau auf diesem Weg sind wir, weil wir es nicht schaffen, weil wir den Menschen ihre Biographie nehmen. Auch wenn Sie heute – sehr wohltuend für mich – versucht haben, andere Akzente zu setzen und auch ihre Position klar gemacht haben, das, was transparent wird, das ist was anderes, das ist das, was ich hier in Bonn wieder angetroffen habe.

Sie haben mich gefragt, ob wir denn gewußt haben, welches Image die Blockparteien unter der Bevölkerung hatten. Ich erinnere Sie daran, daß wir als junge Bürger, die hinter der Mauer geboren worden sind, natürlich auch nur beschränkter Geschichtsausschnitte gewahr werden konnten. Ich konnte natürlich die LDPD nur so kennen, wie ich sie 1985 vorgefunden habe und wie ich sie im Kreis Meißen angetroffen habe. Das ganze System, der ganze Staat war die Perfektion der Schizophrenität, und deshalb war dort, in der LDPD, die Schizophrenität etwas geringer, und deshalb war sie für mich annehmbarer. Das waren meine Motive, z. B. auch mit Menschen konfrontiert zu werden, die eine andere Sprache als dieses Funktionärsdeutsch gesprochen haben. Das Bemühen einer Suche nach Veränderung und nicht nach Beseitigung des gesellschaftlichen Systems von vornherein, das waren die Motive. Deshalb ist es meines Erachtens nach ungerechtfertigt zu fragen, welches Image „die“ Blockparteien hatten. Das war sehr unterschiedlich; in manchem Kreis war es die LDPD, die vielen Handwerkern zur Gewerbe genehmigung verholfen hatte. Damit sah man Blüte in dieser Stadt, und das wurde akzeptiert von den

Menschen. Da waren Ärzte, die aus fachlicher Sicht sehr anerkannt waren und die ihren Namen in die LDPD einschrieben; die Leute, wenn die das machten, die brauchten keine „Karrieretickets“. Daran möchte ich erinnern, das ist unbedingt notwendig meines Erachtens nach. Natürlich gibt es unsägliche Kapitel in der Geschichte der LDPD, zum Beispiel 1972 das Mitwirken an der Verstaatlichung. Ich verfolge jetzt, wie Kinder dieser Eltern, die versuchen, die Betriebe zurückzubekommen, eigentlich als Ostdeutsche wieder sehr geringe Chancen haben.

Zur politischen Bildung: Man muß natürlich auch die Blockparteien unterschiedlich sehen, man muß sie wirklich differenziert sehen. Meines Erachtens sind da die größten Gemeinsamkeiten noch zwischen CDU und LDPD anzutreffen. Es hat natürlich Unterschiede auch in der LDPD zwischen der Mitgliederversammlung und dem sog. „politischen Bildungszirkel“ gegeben. Man versuchte in den Betrieben, speziell in den Schulen, wo ja prozentual viele Lehrer Mitglieder der LDPD waren, daß diese Lehrer an dem politischen Parteilehrjahr der SED teilnahmen mit der Begründung, das sei eine besondere Qualifikation, politischer Ton ist für sie notwendig. Aber die meinten, nein, das wollen wir nicht. Dann war das ein Kampf, und es oblag eigentlich den einzelnen Kreisen, diese Lehrer von der politischen Bildung des Parteilehrjahres der SED freizueisen. Da wurden dann auch Vordrucke entworfen: „Politischer Bildungszirkel der LDPD, Lehrer X hat daran teilgenommen.“ Die haben entweder nie stattgefunden, oder es hat Themen gegeben, die sehr in Anlehnung an die Ideologie des Marxismus-Leninismus formuliert waren, aber in der Praxis hat das nicht stattgefunden. Mancherorts wird es auch stattgefunden haben, aber da werden wenige hingegangen sein. Die LDPD war nun mal eine Partei, in der es keinerlei Parteidisziplin gab, völlige Freiwilligkeit bestand und die lokal organisiert war. Hier kamen keine weiteren Abhängigkeiten zustande. Es gibt da ja sehr unterschiedliche Erkenntnisse, aber daß sich in einigen Kreisen die LDPD durchgesetzt hat, daß ihre Lehrer nicht in dieses Parteilehrjahr gehen mußten, das fand ich schon bemerkenswert. Man hat das natürlich dann wieder versucht zu kompensieren, indem man bestimmte Informationen, die für den organisatorischen Ablauf an der Schule sehr wichtig waren, genau dort weitergegeben hat, so daß dann wieder einige gesagt haben: „Ja, dann muß ich ja hingehen, sonst weiß ich ja nicht, was angesagt ist.“ Das dazu; wir brauchen viel mehr Forschung, viel mehr Kenntnisse, das können wir meines Erachtens nicht in einem Atemzug mit so einem Symposium machen.

Gesprächsleiter Dirk Hansen (F.D.P.): Vielen Dank, Herr Steinborn. Sie haben völlig Recht mit Ihrer letzten Bemerkung. Es gilt, weiterhin an der Aufarbeitung zu arbeiten, und es ist natürlich mit einer Annäherung, wie dieser hier, überhaupt nicht getan. Um so mehr bedanke ich mich für die Bereitschaft aller derer, die vorgetragen haben. Ich denke, diese Veranstaltung

ist ein Zeichen dafür gewesen, daß man aufeinander zugehen und aufeinander hören sollte, da es sehr wichtig ist – auch für das Klima –, bereit zu sein, wieder mehr Verständnis zu zeigen. Frau Michalk meldet sich, und ich darf das Wort abgeben an die amtierende Vorsitzende.

Abg. Frau Michalk (CDU/CSU): Ich habe jetzt keine Frage, ich habe eine Anmerkung. Ich denke, die jetzigen zwei Stunden haben gerade wieder gezeigt, wie wichtig es ist, mit Zeitzeugen über die Probleme zu reden, und sich die einzelnen Blickwinkel auch richtig erzählen zu lassen, und zwar in Ruhe erzählen zu lassen. Ich bin eigentlich einigermaßen schockiert, wie das heute abgelaufen ist, wie man den abgesprochenen Plan für die heutige Anhörung vormittag praktisch unterfahren hat, indem man durch mehrere Zwischenfragen – was sonst bei Anhörungen nicht üblich ist – und die immer mit riesigen Statements verbunden waren und viel Zeit gekostet haben, den Fahrplan der heutigen Sitzung, der ja fraktionsübergreifend abgestimmt war, unterbrochen hat. Das ist eine Unhöflichkeit gegenüber den Zeitzeugen, die ja fast alle aus den neuen Bundesländern kommen und einen weiten Weg hinter sich haben, sie vor so einem „Kleingremium“ die wichtigen Dinge sagen zu lassen. Ich bin froh, daß wir das alles protokollieren, und das möchte ich auch für diejenigen, die hier gesprochen haben, noch einmal sagen, daß das alles nicht verloren geht, auch wenn es jetzt nur wenige Zuhörer waren. Ich bitte aber als ganz normales Mitglied dieser Enquete-Kommission darum, daß in Zukunft von der Gesprächsleitung einer Anhörung darauf geachtet wird, Absprachen auch wirklich einzuhalten. Sonst mache ich so etwas nicht mehr mit. Das möchte ich bitte im Protokoll aufgenommen haben.

Amtierende Vorsitzende Prof. Dr. Roswitha Wisniewski: Vielen Dank für das, was Sie eben zum Ausdruck gebracht haben, Frau Michalk. Ich glaube, es ist das Gefühl, was wir alle haben, daß gerade dieser letzte Teil ungemein wichtig war. Ich würde auch meinen, es war fast ein Aufruf an die Obleute zu überlegen, ob man nicht in Zukunft die Zeitzeugenbefragung an den Anfang stellt. Aber das ist natürlich etwas, was wir wohl überlegen müssen, denn wir müssen natürlich beide Seiten, die wissenschaftliche Aufarbeitung genauso wie die Zeitzeugenaussagen, in gerechter Weise und in vernünftiger Weise zueinander stellen. Vielen Dank nochmals allen, die mitgewirkt haben und einen guten Heimweg.

Ende der Sitzung 16.05 Uhr